

**Zeitschrift:** Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES  
**Herausgeber:** Schweizerische Energie-Stiftung  
**Band:** - (2001)  
**Heft:** 1: Warten bis es knallt!

**Artikel:** Gesamtlösung statt Flickwerk  
**Autor:** Braunwalder, Armin  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-586275>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

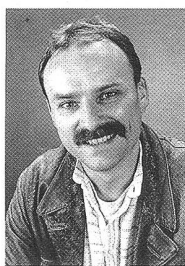
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 12.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Gesamtlösung statt Flickwerk

Ende Februar hat der Bundesrat die Botschaft zu den Atominitiativen und zum revidierten Atomenergiegesetz zuhänden des Parlaments verabschiedet. Darin setzt der Bundesrat voll auf die Karte Atomenergie. Das nächste Wort hat nun der Ständerat und Nationalrat. Anschliessend kommen die Vorlagen vors Volk. Statt einem Flickwerk braucht es jetzt eine Gesamtlösung, sonst endet die Energiepolitik der Schweiz im Desaster.



Von Armin  
Braunwalder,  
SES-  
Geschäftsleiter

Die vom Bundesamt für Energie (BFE) bei Ecoplan und Prognos in Auftrag gegebenen Studien zu den Volksinitiativen «Strom ohne Atom» und «MoratoriumPlus» zeigen klar: Der Ersatz der fünf Schweizer AKW nach 30 Betriebsjahren ist durch verstärkte Stromeffizienz und Wärmekraftkopplung klimaverträglich und ohne «Stromlücke» möglich. Die ausgewiesenen Kosten für die Stilllegung der AKW nach 30 Betriebsjahren betragen einen Bruchteil der von der AKW-Lobby präsentierten Horrorzahlen.

### Zu hohes Wirtschaftswachstum angenommen

Dieses Ergebnis ist umso bemerkenswerter, wenn man in Betracht zieht, dass das Wirtschaftswachstum zu hoch angenommen wurde; dass die unterschätzte Technologieentwicklung im Bereich der Stromeffizienz und die pessimistischen Annahmen bei der Wärmekraftkopplung zu einer hohen  $\text{CO}_2$ -Produktion führen, welche durch  $\text{CO}_2$ -Minderungsmaßnahmen wiederum teuer kompensiert werden muss. Prognos zeigt, dass mit einem leicht tieferen Wachstum (immer noch Wohlstand!) die Stromnachfrage stark sinkt. Dadurch wird die so genannte «Stromversorgungslücke» um 40 Prozent kleiner!

### Skandalös: BFE zensuriert Expertenbericht!

Die externen Risikokosten eines Atomunfalls sind für die Beurteilung des Atomausstiegs entscheidend. Ecoplan kommt im Entwurf zum Schlussbericht zu folgender Schlussfolgerung: «Würde ein Atomunfall in der Schweiz mit einer Eintretenswahrscheinlichkeit von 1 zu 10 Millionen Schäden in der Höhe von mindestens 200 Milliarden Franken anrichten, so würde sich ein vorzeitiger Ausstieg aus gesamtgesellschaftlicher Optik lohnen.» Im Schlussbericht ist das nicht mehr zu lesen. Die



Atomdossier nicht im Griff!

Ecoplan-Schlussfolgerung wurde offenbar vom BFE zensuriert. Auch die angenommene Schadenssumme von 200 Milliarden Franken ist noch zynisch tief. Das Bundesamt für Zivilschutz zum Beispiel rechnet bei einem Kernschmelzunfall mit maximalen Schadenskosten von 4'200 bis 4'300 Milliarden Franken.

Im Fall eines schweren Atomunglücks in einem Schweizer Atomkraftwerk ist die Haftungssumme für die AKW-Betreiber auf 1 Milliarde Franken beschränkt. Dafür bezahlen die AKW-Betreiber heute eine Versicherungsprämie von lächerlichen 0,058 Rappen pro kWh. Zum Vergleich: Eine UNO-Studie beziffert die Schäden durch die Tschernobyl-Katastrophe auf rund 330 Milliarden Franken. Gemessen an dieser Schadenssumme ergäbe sich für die Schweizer AKW-Betreiber eine Versicherungsprämie von 20 Rappen pro Kilowattstunde Atomstrom<sup>1</sup>. Bloss: Keine Versicherung ist bereit, dieses Risiko zu übernehmen. Somit müssen im Unglücksfall die strahlengeschädigten BürgerInnen gleich nochmals bluten. Hier kennen die AKW-Betreiber keine Skrupel: Sie, die gegen jegliche Subventionierung von erneuerbaren Energien zu Felde ziehen, lassen sich das Atomrisiko grosszügig subventionieren.

### Gravierende Wissenslücke zu Tage gefördert

Die Studien haben neben der klimaverträglichen Machbarkeit des Atomausstiegs auch eine gravierende Wissenslücke zutage gefördert: Die Annahme einer 50- bis 60-jährigen AKW-Nutzungsdauer ist höchst problematisch. Es gibt weltweit gar keine Erfahrungen mit derart langen Nutzungsdauern. Prognos legt deutlich dar, dass heute niemand weiss, ob die AKW tatsächlich 40 bis 60 Jahre laufen können und wie viel die notwendigen Nachrüstungsinvestitionen kosten.

Mit dem Atomenergiegesetz führt der Bundesrat das bisherige atompolitische Flickwerk nahtlos weiter. Im bundesrätlichen Atomenergiegesetz vermisst die SES vor allem folgende zentrale Punkte: eine verbindliche Regelung für die Befristung der AKW-Betriebszeiten;

ein Konzept, das die Finanzierung der Stilllegungs- und Entsorgungskosten durch die AKW-Betreiber sicherstellt; ein Verbot für die Wiederaufarbeitung, das bestehende Verträge und Optionen einschliesst; Bestimmungen für eine Atommüll-Lagerkonzeption, die den Forderungen der Umweltorganisationen entspricht; Bestimmungen über die unbeschränkte Haftpflicht für die AKW-Betreiber.

## Desaster vorprogrammiert

Die Atomlobby hat im Bundesrat mit Pasqual Couchepin eine starke Stimme. Und der zuständige Energieminister Moritz Leuenberger wälzt das Atom-Dossier lustlos und sichtbar gequält. Er sagt denn auch von sich: «Im Energiedossier fühle ich mich noch nicht wohl.» Leuenberger spricht von «Glaubenskrieg» und «Ayatollahs hüben wie drüben». Das lässt die Frage aufkommen, ob sich der Energieminister in seinem magistralen Unwohlsein je mit der gebotenen Ernsthaftigkeit dem Atomdossier angenommen hat. Dabei hätte er nämlich festgestellt: Mit dem Festhalten an der Atomenergie riskiert die Schweiz ein Desaster:

- Seit 20 Jahren werden die AKW-Betreiber nicht müde zu behaupten, die Entsorgung des gefährlichen Atommülls sei «technisch» gelöst. Tatsache ist, dass bis heute weltweit keine Lösung für die «Entsorgung» des Atommülls existiert.
- Obwohl längst belegt ist, dass die «Atommüll-Warteschlange» Wiederaufarbeitung ökonomisch keinen Sinn macht (die direkte Langzeitlagerung des Atommülls wäre weit aus günstiger), halten die AKW-Betreiber stur an der Wiederaufarbeitung fest und nehmen überdurchschnittlich viele Leukämieerkrankungen bei Kindern in der Umgebung der Wiederaufarbeitungs-Anlagen Sellafield und La Hague in Kauf.
- Die fünf Atomkraftwerke werden die Schweiz teuer zu stehen kommen. Die AKW-Stilllegungskosten und die Entsorgungskosten für den Atommüll werden von den AKW-Betreibern systematisch unterschätzt. Insbesondere die Jahrtausende dauernde Lagerung des immer weiter wachsenden Atommüllbergs birgt enorme finanzielle Ri-



**Ohne klares Lagerkonzept wollen Leuenberger und die Nagra einen Sondierstollen im Wellenberg durchstieren.**

siken. Hier zeichnet sich eine Finanzierungslücke in Milliardenhöhe ab, die letztlich auf spätere Generationen und die Allgemeinheit überwälzt werden könnte.

## Noch läuft alles verkehrt

Vor diesem Hintergrund müssen die kommenden atompolitischen Debatten im Parlament gesehen werden. Gefordert sind hier neben der Linken helle Köpfe aus dem bürgerlichen Lager. Auf ihnen ruht die Hoffnung, dass es endlich gelingt, das atompolitische Flickwerk zu überwinden und eine zukunftsweisende Strategie für den geordneten Rückzug aus der Atomenergie zu entwickeln, die mehrheitsfähig ist. Noch läuft aber alles verkehrt: Die Nagra und auch Energieminister Leuenberger wollen am Wellenberg einen Sondierstollen für ein Atommüllager durchstieren, bevor Klarheit über Lagerkonzept und AKW-Betriebsdauer herrscht; gleichzeitig führen die AKW-Betreiber mit dem russischen Atomministerium Geheimverhandlungen über den Export von Schweizer Atommüll nach Russland und die Betreiber des atomaren Zwischenlagers in Würenlingen (ZWILAG) haben zentrale und sicherheitstechnische Probleme nach wie vor nicht im Griff. So steht in den

Sternen, ob der geplante «Plasmaofen» zur Verarbeitung des Atommülls je funktionieren wird. Und die Böden der Atommüllbehälter, die im ZWILAG zwischengelagert werden sollen, erreichen statt der erlaubten 60°C eine Temperatur von über 100°C.

## Volksinitiativen stecken den Rahmen ab

Die Volksinitiativen «Strom ohne Atom» und «MoratoriumPlus» stecken den Rahmen für eine Gesamtlösung in der Atomfrage ab. Eckpfeiler sind die Begrenzung der AKW-Laufzeiten und der sofortige Ausstieg aus der Wiederaufarbeitung sowie gesetzliche Grundlagen für ein kontrollierbares und rückholbares Langzeitlager für Atommüll, die Verbesserung der demokratischen Mitsprache und die unbeschränkte Haftpflicht für AKW-Betreiber. Gleichzeitig braucht es ein Konzept für den CO<sub>2</sub>-neutralen Ersatz der Atomkraftwerke. □

<sup>1</sup> Hochgerechnet aufgrund des Berichts «Verbesserte Deckung des Nuklearrisikos» (Zweifel/Umbricht 2001). Das deutsche Bundesministerium für Wirtschaft rechnet mit bedeutend höheren Zahlen: «DM 500 Billion would have to be paid in terms of annual risk insurance premiums to take care of a nuclear meltdown; this amount would have to be added to the electricity bill (DM 3,60 per kWh multiplied by 147 billion kWh per annum). This would be more than the annual budget of the Federal Republic of Germany, which stands at DM 425 billion at present.» (Internalisation of External Costs, Bonn/Wisconsin, Sept. 1992, S. 6)